

## Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss</b>	04.07.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Rechtsamt und den Bürgerausschuss**

Betroffene Produktgruppe

11.01.11 Recht  
 11.01.32 Datenschutz und Informationsfreiheit  
 11.01.63 Bürgerausschuss

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2022 wie folgt zu beschließen:**

**1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppen**

<b>11.01.11 „Recht“ mit</b>		
- ordentlichen Erträgen in Höhe von	<b>926.474 EUR</b>	<b>und</b>
- ordentlichen Aufwendungen in Höhe von	<b>2.561.370 EUR</b>	
<b>11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit</b>		
- ordentlichen Erträgen in Höhe von	<b>5.439 EUR</b>	<b>und</b>
- ordentlichen Aufwendungen in Höhe von	<b>147.291 EUR</b>	
<b>11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit</b>		
- ordentlichen Erträgen in Höhe von	<b>0 EUR</b>	<b>und</b>
- ordentlichen Aufwendungen in Höhe von	<b>6.820 EUR</b>	

wird zugestimmt.

**2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppen**

<b>11.01.11 „Recht“ mit</b>	
- investiven Auszahlungen in Höhe von	<b>400 EUR</b>
<b>11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit</b>	
- investiven Auszahlungen in Höhe von	<b>500 EUR</b>
<b>11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit</b>	
- investiven Auszahlungen in Höhe von	<b>0 EUR</b>

wird zugestimmt.

**3. Dem Stellenplan 2019 für das Rechtsamt wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Stellenplan 2018 zugestimmt:**

Mehrstellen

StellenNr.	Aufgabengebiet	Bewertung (vorläufig)	Stellenanteil	Erhöhung €
300 00 200	Datenschutz	A 13	0,5	45.000 €

**4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen**

**11.01.11 „Recht“**

**11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“**

**11.01.63 „Bürgerausschuss“**

wird zugestimmt.

**5. Die Konsolidierungsmaßnahme Nr. 16 des Rechtsamtes wird aufgrund der neu wahrzunehmenden Aufgaben der Datenschutzgrundverordnung nicht umgesetzt.**

**Begründung:**

Als aktuelle Planwerte werden im Haushaltsplan Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen des Jahres 2019 veranschlagt; die mittelfristige Planung umfasst die Haushaltsjahre 2020 bis 2022.

Die Produktgruppen werden im Entwurf des Haushaltsplanes, Band II auf folgenden Seiten dargestellt:

11.01.11 „Recht“	Seiten 86 - 93
11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“	Seiten 202 - 208
11.01.63 „Bürgerausschuss“	Seiten 226 - 230

Im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2018 ergibt sich ein zusätzlicher Stellenanteil von 0,5, da die HSK-Maßnahme Nr. 16 nicht umgesetzt wird.

Die Erhöhung erfolgt aufgrund der neu wahrzunehmenden Aufgaben der Datenschutzgrundverordnung und deren Umsetzung in der Gesamtverwaltung.

Der hieraus ebenso resultierende überplanmäßige Personaleinsatz wird im Haushaltsjahr 2019 fortgesetzt.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.